

AufwärtS

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.50 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 120.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 23. Mai 1930.

12. Jahrgang.

Wehe dem, der zu sterben geht
Und keinem Liebe geschenkt hat,
Dem Reicher, der zu Scherben geht
Und keinen Durst'gen getränkt hat.

Rückert.

Was bringt das neue Schanfstättengesetz?

Bekanntlich wurde kürzlich im Reichstag unter dem Namen „Schanfstättengesetz“ eine Neuordnung des Schank-erlaubniswesens, im wesentlichen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, verabschiedet, der jahrelange Bemühungen und Kämpfe in der Öffentlichkeit und in der Volksvertretung gegolten hatten. Erleichtert werden beide Teile aufatmen: die Alkoholgegner und die sonst zu ihnen stehenden Kreise, weil das Gesetz trotz mancher unerfüllt gebliebenen wichtigen Wünsche und Ziele doch endlich eine in mannigfacher Hinsicht schätzenswerte Handhabe zur Abwehr und Verhütung von unleugbaren ernststen Mißständen im Alkoholauskaufwesen zu bieten verspricht — denn das Notgesetz von 1923 mit seinen wenigen, an sich sehr guten und wertvollen Bestimmungen war teils weithin in Vergessenheit oder Mißachtung geraten, teils konnte es eben als zeitlich bedingte Notverordnung doch nicht auf die Dauer bestehen bleiben. Und die Alkoholverweigerer und Alkoholfreunde; denn es kam bei weitem doch nicht so schlimm, wie sie lange Zeit befürchtet hatten, oder zu befürchten sich den Anschein gaben. Die in der ersten Ausschusselesung angenommene Verhältniszahl für die Zahl der Wirtschaften im Vergleich zur Bevölkerungszahl, die einen bestimmten, festen Maßstab hatte bilden sollen, bringt das Gesetz in seiner beschlossenen Gestalt nicht; ebenso nicht ein Verbot der Alkoholanpreisungen an öffentlichen Verkehrseinrichtungen. Wohl aber wurden die Jugendschutzbestimmungen des erwähnten Notgesetzes: Verbot der Verabreichung von Branntwein und „überwiegend branntweinhaltigen Genußmitteln“ bis zum 18., von sonstigen geistigen Getränken bis zum 16. Lebensjahr, je in Gast- und Schankwirtschaften oder Kleinhandlungen mit Branntwein, in ihm für die Dauer verankert — allerdings mit Verknüpfungen, die den Wert der Bestimmungen zweifellos beeinträchtigen: je „zu eigenem Genuß“ und bei den „anderen geistigen Getränken“: in Abwesenheit des Erziehungsberechtigten oder seines Vertreters. Ferner wird das Bedürfnis für Ausschank geistiger Getränke bei Schul- und Jugendfesten, sowie Sportfesten mit überwiegend jugendlicher Beteiligung verneint und die Verabfolgung von Schnaps und dergleichen auf Turn-, Spiel- und Sportplätzen unterlagert. Für die Handhabung der Bedürfnisfrage bei Anträgen auf Schank-erlaubnis-Neubewilligung sind künftighin die Jugendämter mit anzuhören und wird die landesgesetzliche Möglichkeit der Heranziehung auch der Wohlfahrtsämter, gemeinnütziger Vereine und dergleichen zur Beratung der Anträge eingeführt, ebenso diejenige einer dreijährigen bezirksweisen Sperrfrist für Neukonzessionierungen. An weiteren wichtigen Bestimmungen bringt das Gesetz die 1-Uhr-Polizeistunde als äußerste Grenze, vorbehaltlich örtlicher Besonderheiten, nebst Verbot des Schnapsauschanks vor 7 Uhr Morgens, die Uneinklagbarkeit von Schnapschulden unter gewissen Voraussetzungen und von Schnapschulden unter gewissen Voraussetzungen und von Schnapschulden unter gewissen Voraussetzungen und von Schnapschulden unter gewissen Voraussetzungen.

bedeutenden Kultur-
ante Bilder aus dem
dem sehr empfohlen
t selbst den Begleit-

Rio de Janeiro, der
Sao Paulo, Kaffee-
er Weltstadt. — San-
t mit der „Deutschen
— Paranaqua, Cur-
rück wildromantischer
ndschaft.

Arwaßleben. Deutsche
Kirch- und Vereins-

um 2 Uhr für die In-
r für die Insassen der
rmann. Eintrittspreis
Jugendliche 30 Pf.
nig.

und Weltpolitik: De-
e in Bethel. Zuschriften
Heft 28. Für Geb-
7377. „Aufwärts“, Christ-
ernruf 3911/3916, Am
Anhalt Bethel.

blieben, so würde noch ein besseres Endergebnis erzielt worden sein. Aber es zeigt sich an diesem Gesetz, daß kulturelle Aufgaben für das deutsche Volk zustandegedruckt werden können, wenn guter Wille in allen Parteien vorhanden ist.

Arbeiterschaft und akademisches Studium.

Der Ev. Oberkirchenrat hat durch den Kirchenrat der letzten Generalsynode eine Denkschrift über obige Frage vorgelegt, die von dem Sozialpfarrer Lic. Mehn verfaßt ist und aus der wir einige interessante Feststellungen wiedergeben: Nach der Reichstatistik von 1925 ist die Teilnahme der Arbeiterschaft am Studium der Universitäten und Hochschulen gegenüber allen anderen Berufs-schichten eine außerordentlich geringe.

Freilich ist eine solche Statistik insofern mangelhaft, als sie nicht die Herkunft der Studierenden im 2. oder 3. Gliede aufstellt. Denn wenn eine solche bestände, würde sie wohl mit Sicherheit ergeben, daß die Arbeiterschaft über die zweite Generation hinweg durch die Gruppe der mittleren Beamten und Privatangestellten sehr erheblich an der Bestellung des akademischen Nachwuchses beteiligt ist.

Indessen wird der Arbeiterschaft damit nicht geholfen sein, denn das akademische Studium bedeutet für sie vor allem den Aufstieg in eine gesellschaftlich führende Schicht. Das Drängen zur Hochschule ist ein Teil der Aufstiegsbestrebungen der Arbeiterschaft überhaupt und will als solche verstanden werden. Je weniger Möglichkeiten des Aufstieges die Wirtschaft in dieser Zeit des Kapitalmangels bietet, desto mehr wird der Weg über die Bildungslaufbahn gesucht. Gerade hier wird ein Monopol bestimmter Schichten besonders hemmend und als ungerecht empfunden. An dieser Stelle hat einst Walter Rathenau mit seiner Gesellschaftskritik eingeseht und sehr tiefgreifende Vorschläge zur Durchbrechung des bestehenden Bildungsmonopols gemacht. Gelegentlich des Hamburger Gewerkschaftskongresses hat kürzlich Severing die Aufmerksamkeit wieder auf diese Frage hingelenkt.

Nun ist wohl der Zugang zum akademischen Studium gegen früher erleichtert und durch das Werkstudententum für Arbeiterjöhne eine Möglichkeit dazu gegeben, aber es ist doch immer nur in Ausnahmefällen möglich, daß ein Arbeiter seinen Sohn studieren lassen kann. Die Kirche als solche vermag nicht viel zu tun, um wirklich einzugreifen, wo es sich um allgemeine Aufstiegsmöglichkeiten aus dem Arbeiterstande im akademischen Studium handelt, zumal unsere Hochschulen im Zeichen einer starken Ueberfüllung stehen. Die Kirche wird aber an einer Stelle von dem Problem des akademischen Nachwuchses höchst bedeutsam berührt, und hier vermag sie nicht nur mit zu reden, sondern auch zu handeln, wenigstens in bestimmten Grenzen. Diese Stelle ist der theologische Nachwuchs. Auch hier tritt der geringe Anteil der Studierenden aus Arbeiterhäusern zuerst hervor, aber mit einem bemerkenswerten Unterschied bei den evang. und kathol. theologischen Fakultäten. Wehnliche Unterschiede zeigen sich auch in dem Anteil des Handwerker- und Bauernstandes in dieser Hinsicht. Im katholischen Volksteil sind Studenten der Theologie aus dem Bauern- und Handwerkerstand relativ stark vertreten, dagegen das Beamtentum weniger. Wenn nun ein auffallendes Uebergewicht der höheren Beamten unter den Vätern der evangelischen Theologiestudierenden vorhanden ist, kommt dieses natürlich auf Rechnung der Pfarrer, die viele Söhne studieren lassen. Auffällig bleibt die Tatsache, daß das teurere Studium der Medizin einen größeren Prozentsatz seiner Angehörigen aus Arbeiterfamilien gewinnt, als das der evangelischen Theologie, desgleichen auch Jurisprudenz und Philologie. Anscheinend bieten diese Studien auch für Arbeiterjöhne mehr Anreiz. Die Kirche hat ein natürliches Interesse an dem Aufstieg der Arbeiterschaft im allgemeinen und besonders auf ihrem eigenen Boden, wie sie ein solches auch darin sieht, stärkere Fühlung mit der Arbeiterschaft zu gewinnen. Soweit in dem Eintritt von Arbeiterjöhnen in das Pfarramt solche Möglichkeiten gegeben sind, wird es ein ernstes Anliegen der Kirche sein, ihn zu fördern.

Jedoch darf auch das nicht unausgesprochen bleiben, daß die Herkunft eines Pfarrers aus der Arbeiterschaft seine Eignung nach dieser Seite noch nicht verbürgt.

Zu dieser Denkschrift und der damit ausgeworfenen Frage, was nun für den Aufstieg geschehen kann, hat der Kirchenrat im wesentlichen in folgender Weise Stellung genommen:

1. Die Kirche muß sich ihrer Verantwortung für die Gesamtentwicklung der akademischen Verufe, auch unter dem Gesichtspunkt ihrer Ergänzung aus den aufstrebenden Schichten, auch der Arbeiterschaft, bewußt sein. Mitarbeit dazu werden zu leisten haben die ev. Akademikerverbände, ev. Arbeitervereine und ev. Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre.

2. Anregungen zur Schaffung von Stipendien für Arbeiterjöhne sollen durch die kirchlichen Leiter an die kirchlichen Körperschaften ergehen.

3. Die Vorstände der ev. höheren Schulanstalten sollen darauf hingewiesen werden, daß bei der Vergabe von Freistellen Arbeiterkinder in gleicher Weise wie Angehörige anderer Schichten Berücksichtigung finden.

Dieser Stellung des Kirchenrats schloß die Generalsynode sich an.

Schüleraustausch mit dem Auslande.

Von Dr. Hermann Dreyhaus, Berlin.

Aus zwei Absichten ist der Schüleraustausch mit dem Auslande hervorgegangen, einmal aus einer menschenfreundlichen, wie sie aus der Notzeit Deutschlands in Krieg und Inflation erwuchs, wo unsere nordischen Nachbarn einschließlich Holland es für ihre Christenpflicht ansahen, hungernde deutsche Kinder während der Sommerferien bei sich aufzunehmen und sie soweit wieder herauszufüttern, daß sie den nachfolgenden Winter überstehen konnten, und zum anderen aus einer politischen, im Dienste des Gedankens der Völkerverständigung und des Pazifismus. Der erste Gedanke ist in seiner praktischen Ausübung der ältere, ja, in Verbindung mit den Bildungsabsichten, die früher natürlich vorherrschen konnten, vermag er sogar in diesem Jahre auf ein Vierteljahrhundert zurückzublicken, allerdings mit der Einschränkung, daß der Schüleraustausch vor dem Weltkriege rein privater Natur war und infolgedessen mit diesem sofort aufhörte. Deshalb kann man von einer wirklichen Austauscharbeit erst nach dem Kriege sprechen, eigentlich sogar erst nach der Stabilisierung der deutschen Währung im Jahre 1924.

Denn der vornehme Grundsatz des Schüleraustausches mit dem Auslande ist der der Gegenseitigkeit, d. h. deutsche Schüler fahren während der Sommerferien auf der Wache ins Ausland zu den Eltern der Schüler, die sie nachher als Gäste mit in ihr Elternhaus nehmen. Dadurch entstehen beiden Teilen keine besonderen Kosten, außer der Fahrt, mit der sie aber bisher bei den beteiligten Eisenbahnverwaltungen und Schiffslinien stets das größte Entgegenkommen und erheblichen Preisnachlaß gefunden haben. Natürlich werden die deutschen Eltern sich angelegen sein lassen, ihren Gästen alles zu bieten, was Stadt und Landschaft an Sehenswertem besitzen, sie tun das ja für ihre eigenen Kinder, die in der Fremde die gleichen Annehmlichkeiten genießen werden.

Nach diesen Grundsätzen hat in den vergangenen fünf Jahren der „Deutsch-Nordische Schüleraustausch“, der unter dem Protektorat des „Deutschen Philologenverbandes“, der Ständevertretung der akademisch gebildeten Lehrer an höheren Schulen, steht, eine überaus segensreiche Tätigkeit entfaltet (Muskunft darüber durch Studienrat Hans Hellwig, Berlin-Steglitz, Ringstraße 2). Im Jahre 1929 wurden nicht weniger als 2000 Kinder aus dem Mittelstande — Jungen und Mädchen — im Alter zwischen 14 und 16 Jahren ausgetauscht. Eine starke Tradition, anknüpfend an die Wohltätigkeitsarbeit, hat sich besonders im Austausch mit Schweden ausgebildet, dann haben sich Norwegen und Finnland und zuletzt Dänemark angeschlossen, so daß der ganze Norden Europas mit seinen mannigfachen Landschaftsformen erschlossen worden ist. Besonders wertvoll sind für uns Deutsche natürlich diese Länder durch ihr Germanentum und die daraus folgende Kultur, die selbst in Finnland germanisch annahm, wenn sie auch einem fremden Volkstum aufgepfropft ist. Hier haben der gemeinsame Glaube und die jahrhundertelange Verbindung mit Schweden dem Lande eine Prägung gegeben, die sich nicht zuletzt auch deshalb gern zum Deutschtum wendet, weil Finnlands Freiheit durch deutsches Blut erkämpft wurde.

Die Anregung zu dem „Deutsch-Nordischen Schüleraustausch“ ist ganz von privater Seite ausgegangen. Diese hat auch völlig die Durchführung in der Hand, was natürlich nicht ausschließt, daß Staat und Kommunen in Deutschland und Schweden ihr Wohlwollen bei der Anwesenheit ihrer Gäste durch Veranstaltung von Empfängen, Gewähren von Vergünstigungen und anderem zum

Ausdruck bringen. Doch ist es bisher gelungen, die Austauscharbeit gänzlich frei von politischen oder gar parteipolitischen Einflüssen zu halten, eine Feststellung, die vielleicht den schönen Erfolg der Arbeit erklärt.

Anders liegen die Dinge bei der erst seit den letzten Jahren betriebenen Austauscharbeit zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und England andererseits, obwohl hier nach denselben Grundsätzen verfahren wird, wenigstens theoretisch. Mehrere Umstände stehen hier hemmend im Wege. Zunächst die Tatsache, daß Todfeinde von gestern sich nicht so schnell in Freunde von heute verwandeln können! Dann sah sich ausgerechnet die radikal-pazifistische „Deutsche Liga für Menschenrechte“, bei der man so selten Würde für das eigene Vaterland feststellen kann, berufen, einen Schüleraustausch wenigstens mit Frankreich herbeizuführen. Er ist so bewußt einseitig gewesen, daß die Sachbearbeiterin der Liga, eine Frau Zerol in Heidelberg, „frei von allen politischen Bindungen“ auf eigene Faust einen Austausch organisierte, wodurch der der Liga natürlich zum Absterben kam. Das politische Moment scheint demnach wenig die Austauscharbeit zu fördern. Doch störender sind wohl die Umstände, die in der Mentalität der Völker liegen. Der Franzose reist grundsätzlich nicht gern, ihn quält nicht der germanische Drang in die Ferne, und wenn er schon einmal reist, ist nicht gerade Deutschland das Ziel seiner Wünsche. Dem Engländer kann man erstens nicht vorwerfen, dagegen neigt er auch zum letzteren. Außerdem ist ja das englische Erziehungsweisen mit seinem Internatsbetrieb so ganz anders eingestellt als das deutsche, daß sich ein Austausch auf der geschilderten Grundlage, d. h. von Familie zu Familie, bisher nur hat in bescheidenem Maße entwickeln können.

Singegen hat sich eine neue Form, der sogenannte Gruppenaustausch, mit den beiden Westmächten seit 1928 in gewisser Weise herausgebildet. Dieser geschieht so, daß Gruppen von Schülern aus einer Stadt oder einem Bezirk zusammengefaßt und in der Heimat sprachlich vorbereitet werden und dann mit den entsprechenden Gruppen des Fremdlandes ein gemeinsames Sommerlager beziehen, wo sie gemeinsam Sport treiben, sprachliche und kulturelle Ziele pflegen in der Absicht, der Völkerverständigung zu dienen. Auf deutscher Seite steht die Stadt Berlin führend in dieser Bewegung. Für das Jahr 1930 hat sie z. B. das Landschulheim Birkenwerder als gemeinsames Sommerlager zur Verfügung gestellt. In Frankreich gewinnt die Bewegung nur langsam Boden. Bei dem in der Presse viel erörterten Sommerlager in Boulogne für Mer 1928 waren gegenüber 100 deutschen Teilnehmern nur 16 französische und gar keine englischen erschienen. Doch war es im vorigen Jahre schon besser, weil nicht wie 1928 die Universität Lille, sondern zwei Städte, St. Omer und Aballon, die Durchführung übernommen hatten. Auch sind Bestrebungen im Gange, den Schüleraustausch nach Möglichkeit zu entpolitisieren, wodurch beispielsweise sich Austauschmöglichkeiten von Gruppen einzelner Berliner und Bremer Schulen auf der einen und englischer auf der anderen ergeben haben, die sich vorwiegend auf persönliche Beziehungen stützen.

Die naturgegebenen Aufgaben eines Schüleraustausches — Erholung und Bildung — sind doch so stark, daß politische Momente entweder die Bewegung zur Unfruchtbarkeit verurteilen, oder schließlich selbst zurücktreten müssen. Letzteres scheint sich anzubahnen. Ob natürlich der deutsch-französische, bzw. der deutsch-englische Schüleraustausch je die Macht des deutsch-nordischen erhalten wird, ist eine andere Frage. Zuletzt spricht hierbei die gesamte politische Entwicklung mit. Und die mahnt zur Vorsicht. Sie hat auch den Staat auf die Beine gebracht, der in Berlin, Rurfortenstraße 155, eine beson-

dere „Pädagogische Auslandsstelle“ errichtet hat, wo über alle Austauschfragen, gleichviel für welches Land, Rat eingeholt ist.

Der Feldherr gegen die Kriegsschuldlüge.

Zum 70. Geburtstag des Grafen Max Montgelas, am 23. Mai 1930.

Es liegt in der Ideologie des deutschen Volkes, daß es bei anderen Nationen ebensoviel Gerechtigkeit voraussetzt, wie es selbst hat. Deshalb kann man heute schon oft der Meinung begegnen, unsere früheren Gegner glaubten ja selbst nicht mehr an die Kriegsschuld Deutschlands, ein Kampf gegen diese Behauptung sei also ein Einrennen offener Türen. Daß dem nicht so ist, beweist von neuem die amtliche Denkschrift der belgischen Regierung zur Hundertjahrfeier Belgiens, in der nicht nur die Kriegsschuld neuerlich festgestellt, sondern ihr noch eine ganze Reihe aus der Luft gegriffener Beschuldigungen angehängt wird; auf die zu antworten unnötig wäre, wenn sie nicht ein amtliches Schriftstück und der Ausdruck der außerhalb Mitteleuropas noch immer vorherrschenden Ansicht wäre.

So groß die Meinungsverschiedenheiten innerhalb unseres Volkes sind, in einer Frage sind sich fast alle Deutschen — von wenigen unbelehrbaren Renegaten abgesehen — einig: auf dem Gebiete des Kampfes gegen die Kriegsschuld! Und einer der ersten, die schon bald nach dem Zusammenbruch den Kampf auf diesem Feld aufnahmen, Graf Max Montgelas, der mit wissenschaftlicher Strenge und eiserner Energie noch heute der anerkannte Führer und Organisator der Kriegsschuldaufklärung ist, wird jetzt 70 Jahre. Wenn aus diesem Anlaß dieser auch weit im Ausland anerkannte Forscher Gegenstand zahlreicher Ehrungen ist, wenn aus diesem Anlaß dieses Mannes gedacht werden soll, so ist das ein Ausdruck der großen Dankbarkeit, die wir ihm für seine aufopfernde Aufklärungsarbeit schuldig sind.

Als 1919 die furchtbaren Friedensbedingungen bekannt wurden, die die damaligen Feinde auf dem Sandboden der Behauptung von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands aufgebaut hatten, begann Graf Montgelas Arbeit. Gemeinsam mit dem verstorbenen Heidelberger Völkerrechtler Max Weber, mit Hans Delbrück und Albrecht Wendelssohn-Bartholdy verfaßte er die „Professoren Denkschrift“, die Graf Brodhagen-Rankau am 28. 5. 1919 Clemenceau überreichte, und die trotz Nichtberücksichtigung doch die erste wissenschaftliche Widerlegung der auf dem Artikel 231 beruhenden Grundlage des Diktatfriedens ist. In ununterbrochener Reihenfolge erschienen danach die weiteren Forschungsergebnisse des Grafen Montgelas, noch 1919 die zusammen mit Walter Schücking herausgegebene Sammlung: „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch“, „Glossen zum Rautsky-Buch“ und 1923 der „Leitfaden für Kriegsschuldfrage“. Sein besonderes Augenmerk wandte er den Fragen zu, die gegen Deutschland immer wieder in internationalen Erörterungen ausgespielt wurden, die Krise von 1914, die Zeitfolge der Mobilmachungen, der „Potsdamer Kronrat“, der „Friedensschritt“ des Zaren. Alle diese Momente haben durch Graf Montgelas eine derart erschöpfende Klärung erfahren, daß die von der Gegenseite immer und immer wieder erhobenen Behauptungen und Beschuldigungen in nichts zerrannen.

Neben dieser wissenschaftlichen Betätigung verdient seine gutachtliche Mitwirkung im parlamentarischen Untersuchungsausschuß bei der Zentralstelle für Erforschung

der Kriegursachen und vor allem als deutscher Sachverständiger im Weltverband der Völkerverständigung Erwähnung. Zu hoffen ist, daß sein Wahrheitsmut und seine große Sachkenntnis, die er in den Werken: „Haupttendenzen der Locarno-Verträge“ und „Das Recht und die Pflicht zum Verteidigungskrieg“ in den Dienst der guten Sache stellt, dem deutschen Volke noch recht lange erhalten bleiben.

Notsschrei Danzigs.

Wegen der Abschnürung des Hafens durch Polen.

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, Dr. Sahm, hat eine Note an den Völkerverständigungskommissar, Grafen Gräbner, gerichtet mit dem Ersuchen, eine Entscheidung der zwischen Danzig und dem polnischen Hafen Gdingen aufgetauchten, für Danzig lebenswichtigen Fragen zu treffen. Präsident Dr. Sahm bemerkt dazu:

„Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Freien Stadt Danzig befinden sich im Stadium einer sehr ernsten Wirtschaftskrise. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß Polen zwar in Versailles die Lösung Danzigs vom Reiche unter der Begründung durchsetzte, daß es der vollen Ausnutzung des Danziger Hafens als seines einzigen Zuganges zum Meere bedürfe, andererseits Polen aber inzwischen zielbewußt das frühere Fischerdorf Gdingen zu einem eigenen, modern ausgestatteten Hafen ausgebaut hat, auf den es unter äußerster Anwendung aller staatlichen Machtmittel den Danziger Hafenverkehr ablenkt.“

Damit ist allmählich für Danzig ein Zustand geschaffen, der wirtschaftlich nicht tragbar ist, die Gefahr einer Verelendung weiterer Bevölkerungsteile naht, zu den Verträgen und Voraussetzungen, auf denen sich die neue staatliche Existenz aufbaut, im Widerspruch steht. Die Regierung richtet deshalb einen dringenden Appell an den Völkerverständigungskommissar und ersucht ihn, eine Entscheidung zu treffen, daß die polnische Regierung ihren Verpflichtungen, den Danziger Hafen voll auszunutzen, Genüge tut und die künftige Förderung des Waren- und Personenverkehrs anderer Häfen und ihre künstliche Begünstigung durch staatliche Erleichterungen und Zuwendungen aller Art auf Kosten Danzigs zu unterlassen hat.“

Dieser Antrag wird in einer sehr eingehenden Darstellung begründet, in der die wirtschaftlich unbedingten ungeheuren polnischen Anstrengungen zum Ausbau und zur Rußbarmachung des Gdinger Hafens geschildert werden. Eine objektive Darlegung der Rechtslage erinnert daran, daß Danzig nur in seiner Eigenschaft als Wirtschaftshafen für das polnische Hinterland seine neue staatsrechtliche Stellung erhielt, so daß es rechtswidrig ist, wenn Polen jetzt, anstatt diesen Danziger Hafen auszunutzen, ihn systematisch wirtschaftlich abschnürt.

Sumulten im Kroaten-Prozess.

Zwei Gendarmen im Gerichtssaal geohrcht.

Im Prozess gegen den Kroatenführer Dr. Matkovic kam es vor dem südslawischen Staatsgerichtshof zu schweren Ausschreitungen. Auf Anordnung des Gerichtspräsidenten sollte gegen den Angeklagten Stefan Matkovic das Verbot der Verleumdung der Majestät der Königin erweitert werden, da er und seine Genossen beleidigende Reden gegen den König gehalten haben sollten.

Als nun mehrere Gendarmen als Zeugen dieser Ausschreitungen in den Verhandlungssaal geführt wurden, geriet einer der Angeklagten, Bernaditsch, in große Erregung, sprang auf die nächsten zwei Gendarmen, die als Zeugen erschienen waren, zu und ohrte sie. Im Saal entstand ein Riesentumult. Die Verteidiger und Angeklagten wollten zur Tür hinaus. Die Gendarmen verstellten ihnen aber mit vorgeschalteten Revolvern den Weg. Bernaditsch wurde in Fesseln gelegt und aus dem Saal geführt.

Einführung des Christentums bei den Sachsen (Widukind) durch die Franken (Kaiser Karl) um die Zeit 800 n. Chr. Ausführlich und lebhaft werden diese beiden Stämme in ihren Eigenarten und Vorurteilen hier charakterisiert. Heiß und lange kämpfen die Sachsen um ihren heidnischen Glauben, aber das Kreuz Christi ist stärker als Jutes Schwert und trägt den Sieg davon. Dies Buch ist jederzeit ein wertvolles Geschenk.

Dr. Martin Kühner: Die bäuerlichen Fachschulen im Rahmen des deutschen landwirtschaftlichen Schulwesens. Preis 6.— Mark. (Verlag: Waldkircher Verlagsgesellschaft m. b. H., Waldkirch i. Br.). Das Buch gibt einen Überblick über die Geschichte und das Wesen der landwirtschaftlichen Fachschulen und wird für alle die wertvoll sein, die sich mit den Fragen beschäftigen.

André Gide, Kongo und Tschad. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig. In Leinen gebunden 10.— Mark. Der französische Dichter Gide übergibt uns mit diesem Buch die Tageblätter seiner Reise nach Französisch-Kongo und Kamerun bis hin zum Tschadsee. Das Buch dürfte für den Zoologen und Botaniker von großem Interesse sein. Erschütternd sind seine Bilder, die er von der modernen Arbeitsflaverei in dieser französischen Kolonie zeichnet. Das Buch ist gut illustriert.

Neuland-Verlag G. m. b. H. bietet die folgenden Neuerscheinungen an:

Alkohol und Vererbung. Bericht über die von der Deutschen Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus am 13. Oktober 1929 zu Berlin veranstaltete Sitzung. 75 S. Alkoholkrankheit ist heilbar. Plakat, auf Papier 40 S. Alkohol auf Karton 60 S. Trinkt deutschen Süßmost. Plakat, auf Papier 75 S. Sinkende Umsätze. Ein Flugblatt, 100 Stück 1,25, 1000 Stück 10.— Mark. Sir Joffa's Stamp: Alkohol als Wirtschaftsfaktor. 75 S. Verlagsverzeichn. 1930. Wer sich für den Kampf gegen die Schäden des Alkohols interessiert und da gern mithelfen will, kann von dem Neulandverlag alles Material erhalten, das für diesen Kampf wichtig und nötig ist.

Bücher und Zeitschriften.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Ueber und unter der Erde. Technische Rekorde. Von Hans Dominik. Mit 170 Abbildungen. Verlag von Richard Bong, Berlin W 57. Preis Halbleinen 5.— Mark. Wer kennt und genießt nicht die Errungenschaften unserer hochentwickelten Technik. Wo früher schlichte Häuser standen, erheben sich heute turmhohe Bauten, Flüsse werden hinter Wasserfällen gestaut, die an Wucht und Raum den ägyptischen Pyramiden gleichen. Über Ströme dehnen sich weithin gestreckte Riesenbrücken, oder Tunnel führen darunter hin und dienen auch in Großstädten einem wichtigen Teile des Verkehrs. Die Kohle wird aus kilometertiefen Schächten ans Tageslicht gefördert. Durch Feld und Wald ziehen sich Starkstromleitungen, um riesige Energiemengen, an wenigen Stellen erzeugt, über das ganze Land zu verteilen. Den Werdegang aller solcher Höchstleistungen läßt das fesselnde, mit vorzüglichem Bildermaterial aufs reichste ausgestattete Buch Hans Dominiks vor dem Auge des Lesers entstehen. Mag auch dem Mann der Praxis der Journalist von Beruf etwas stark hervortreten, so hält die Lektüre des Buches doch den Jungen und den Alten in Spannung. D. A.

Kleine Gedichtsammlungen:

Im Dienste der Gemeinde. Heft 2. Für Gemeindeabende und Feststunden im Helferkreis von Johanna Spranger-Herz. Verlag C. Ludwig Ungelenk, Dresden. Preis 2.— Mark. Schlichte Gedichte und kleine Aufführungen, aus der kirchlichen Arbeit herausgewachsen und für solche bestimmt.

Von singenden Brunnen. Von Alice von Wiedebach-Roltz, im Selbstverlag der Verfasserin, Herrnhut i. Sa. Preis 0,85 Mark. An diesen sinnigen Gedichten wird jeder Leser seine Freude haben.

Empor mein Herz! Von Maria Jelin. Gesammelte Gedichte. Verlag des Evang. Vereins, Kaiserslautern. Preis kart. 1,50, geb. 2,50 Mark. Gedichte einer verstor-

benen Diakonisse zu Festzeiten, über den Dienst im Herrn, inneres Leben, für besondere Tage.

Leidensgnade. Von L. M. Philadelphia-Verlag. 32 S. 0,50 Mark. Eine Kranke grüßt in diesen schlichten, innerlichen Versen andere Kranke.

Goethe und die Bibel. Von Dr. Gertrud Janger, bei M. Heinisius Nachfolger, Eger u. Sievers, Leipzig. 137 Seiten. Preis 5.— Mark. Die fleißige Arbeit zeigt an vielen Beispielen klar und deutlich, wie tief die Bibel das Geistesleben Goethes befruchtet und wie hoch er den Wert derselben, auch für die Erziehung der Menschen, geschätzt hat. Es wird deutlich, daß Goethe wohl eine tiefere persönliche Stellung zur Schrift, auch zum Kreuz, gehabt hat, als wir im allgemeinen annehmen. Fr.

Von der Würde der Frau. Von Lic. Theodor Brandt. Verkürzte Ausgabe von „Werdegänge der weiblichen Jugend“ desselben Verfassers. Verlag Ungelenk, Dresden 24.— Preis kart. 1,25 Mark. Von den letzten Tiefen aus, die nur im Evangelium gewonnen werden, wird hier die Frage nach der Würde der Frau beantwortet. Nur indem die Frau wieder die ihr von Gott zugewiesene Stellung zur Natürlichkeit, zum Mann und zum Berufsleben gewinnt, wird sie an dem so nötigen Wiederaufbau unseres Volkes, der Familie und Gemeinde Gottes mitwirken können. — Das Heft ist eine feine Gabe für unsere Frauen. Freytag.

Bilder aus Sowjet-Rußland. 160 Seiten, starkes Papier mit 5 Bildern. Preis 2,25, Ganzleinen 3,25 Mark. Verfasser M. Kroecker in Kanada. Verlag Th. Urban in Striegau in Schlesien. — Der Verlag erbietet sich, bei Abnahme von wenigstens 10 Stück, die Hälfte des Ladenpreises mit Abzug der übrigen Prozente und Porto-Unkosten für die deutsch-russischen Flüchtlinge und womöglich auch für die notleidenden Glaubensbrüder in Rußland zur Verfügung zu stellen.

Das Kreuz auf roter Erde. Von Franz Kliche. Ausaat-Verlag, Barmen-El. Preis: Leinen geb. 6,50 Mark. Ein interessantes, wertvolles Buch. Es behandelt die

Der Be-
plinarverfahr-
der Reichshau-
auf die er er-
wegen U n-
teil für Böß-
dernde Umfä-
zwei Drittel
wären will.
zur Dienst-
titels und d-
men davon k-
dere Umfä-
ligen Bestim-
Wenn
tungsgericht
statt seiner i-
1800 M. erl-
Berurthe-
sächlich des-
billigen i-
In der Fra-
erschwerend
merer grün-
Stadt hatte,
schrift nicht
zirkelschul-
Erfarens
verträge nich-
Wofl a-
last, daß er
verstorbenen
schaffungsam-
gründlich n-
Verträge au-
bürgermeister
er einmal a-
worden sel,
Die ge-
ist der Pres-
plinarverfahr-
mar. Es be-
und das m-
erster Beam-
Pflichten he-
sonders ins
Wenn
finden wird,
ist der Dis-
in dem der
Senatspräsi-
Böß bestreite
warnt worde-
noch weiter-
dungen über-
forderten W-
verwaltung
lich sehr lan-
Urteilspruch
vielleicht w-
bis in das
Berlin
überhaupt i-
Gefahr, wei-
führung art-
irgendwie e-
fahren mög-
endlich ein-
zu ziehen,
außerordent-
dem deutsch-
Natur
wird, ohne
ausgelegt w-
nur den da-
bern er mu-
Egon Fr-
Band. C. H-
Dieses se-
schnell weite-
lem fast üb-
Wissen wen-
liche Kultur
leider oft
realismus v-
das allernä-
kurz zu sag-
zur Vereich-
lichen Wisse-
draußen ur-
Der philoso-
gelehrten un-
als J. B. de
Gemüt nie-
auf der Zu-
nem „Unter-
fer trotz alle-
und Satire
nung verlor-
lung der k-
neugeistliche-
deutschen
Werkes ist
die ersten z-
mit größter
Palästina
tuts für M-
Jerusalem.
gegeben vo-
1929. Mit
Preis gehel-
Weber
entnehmen

Der Fall Böh.

— Berlin, 22. Mai.

Der Bezirksausschuß Berlin hat in dem Disziplinarverfahren gegen den bisherigen Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Böh die schärfste Strafe verhängt, auf die er erkennen konnte: die Dienstentlassung wegen Unwürdigkeit. So vernichtend dieses Urteil für Böh ist, so berücksichtigt es trotzdem auch milde Umstände, indem das Disziplinargericht Böh zwei Drittel seines Ruhegehalts als Unterstützung gewähren will. An sich zieht nämlich eine Verurteilung zur Dienstentlassung zugleich auch den Verlust des Titels und des Pensionsanspruchs nach sich. Ausnahmen davon können nur gemacht werden, wenn „besondere Umstände“ eine mildere Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen zulassen.

Wenn das Urteil erster Instanz vom Oberverwaltungsgericht bestätigt werden wird, wird Böh also statt seiner vollen Pension von 2400 M. im Monat 1600 M. erhalten.

Verurteilt wurde Böh vom Bezirksausschuß hauptsächlich deshalb, weil er sich von den Starets den billigen Pelz für seine Frau hat liefern lassen. In der Frage der mangelnden Dienstaufsicht, wobei ersichernd hinzukam, daß Böh als ehemaliger Rämmerer gründlichen Einblick in die Verwaltung der Stadt hatte, hat sich das Disziplinargericht der Anklage nicht voll angeschlossen. Nach Ansicht des Bezirksausschusses gehörten die mit den zwischen den Starets und der Stadtbank abgeschlossenen Darlehensverträge nicht in das „Resort“ des Oberbürgermeisters.

Wohl aber legte das Disziplinargericht Böh zur Last, daß er nach den Warnungen des inzwischen verstorbenen Obermagistratsrats Schallbach vom Anschaffungsamt den Betrieb und die Verträge nicht gründlich nachgeprüft hat. Wenn der Abschluß der Verträge auch nicht zu den Zuständigkeiten des Oberbürgermeisters gehört habe, so hätte doch Böh, nachdem er einmal auf Unregelmäßigkeiten aufmerksam gemacht worden sei, die Pflicht gehabt, energisch einzugreifen.

Die genaue Begründung des Disziplinarurteils ist der Presse natürlich nicht zugänglich, da das Disziplinarverfahren bis auf die Urteilsverkündung geheim war. Es verlautet aber, daß der Bezirksausschuß — und das mit Recht — davon ausging, daß Böh als erster Beamter der ersten Stadt Deutschlands besondere Pflichten hatte und Dienstverfehlungen bei ihm besonders ins Gewicht fielen.

Wenn die Berufungsverhandlung gegen Böh stattfinden wird, steht im Augenblick noch dahin. Zuständig ist der Disziplinar Senat des Oberverwaltungsgerichts, in dem der frühere Regierungspräsident und jetzige Senatspräsident Dr. Grünher den Vorsitz führt. Da Böh bestreitet, von Schallbach in bestimmter Form gewarnt worden zu sein, wird das Oberverwaltungsgericht noch weitere Zeugen vernahmen wollen, die Aussagen über die Dringlichkeit der Warnungen des verstorbenen Magistratsrats machen können. Ob das Oberverwaltungsgericht, bei dem sich ein Verfahren gewöhnlich sehr lange hinzieht, noch in diesem Jahre zu einem Urteilsspruch kommen wird, ist aber sehr zweifelhaft; vielmehr wird der Abschluß des Böh-Verfahrens sich bis in das nächste Jahr hineinziehen.

Berlin, das nun schon seit Monaten ohne Stadtoberhaupt und ohne Stadtkammerer ist, läuft damit Gefahr, weitere Monate mit einer provisorischen Stadtführung arbeiten zu müssen. Es wäre daher gut, wenn irgendwie eine Beschleunigung der schwebenden Verfahren möglich wäre, und das auch schon deshalb, um endlich einen Schlußstrich unter diese ähnen Affären zu ziehen, die Berlins Ansehen in der ganzen Welt außerordentlich geschädigt haben und daneben wohl auch dem deutschen Ansehen schädlich.

Natürlich muß zuvor, ehe ein Schlußstrich gezogen wird, ohne Ansehen der Person mit eisernem Besen ausgefegt werden! Wer ein Amt übernimmt, muß nicht nur den dafür erforderlichen Verstand mitbringen, sondern er muß auch ein festes Rückgrat haben, um

Egon Friedell: **Kulturgegeschichte der Neuzeit**. 1. und 2. Band. C. S. Beckische Verlagbuchhandlg., München 1929.

Dieses schon in 7. bis 12. Auflage erschienene und schnell weitverbreitete Buch ist meines Erachtens bei allem fast übergroßen Stoffreichtum und staunenswerterem Wissen weniger eine Kulturgegeschichte, als eine neuzeitliche Kulturphilosophie und kann den gebildeten, aber leider oft auch verbildeten und durch einen über Materialismus verfallenen und ausgehöhlten Kreisen nur auf das allerwärmste empfohlen werden, und zwar, um es kurz zu sagen, sowohl als überaus spannende Lektüre zur Bereicherung des geschichtlichen und kulturgeschichtlichen Wissens als auch als fester Damm gegen den von draußen und drinnen drohenden Kulturbolschewismus. Der philosophische und weltanschauliche Standpunkt des gelehrten und geistvollen Verfassers ist ein ganz anderer als z. B. der des zwar hochbedachtamen, aber Geist und Gemüt niederdrückenden und einen bitteren Geschmack auf der Zunge zurücklassenden Oswald Spengler in seinem „Untergang des Abendlandes“ und läßt den Verfasser trotz aller reichlich bemessenen weltmännischen Ironie und Satire als einen tiefen, um die Wiedergewinnung verlorener seelischer Werte und die Wiedergewinnung der kranken deutschen Volksseele redlich bemühten neuzeitlichen Denker erscheinen. Der 3. Band des hochbedachtamen und in dieser Art noch nicht dagewesenen Werkes ist in Vorbereitung, und wird sicher von allen, die die ersten zwei Bände gelesen und durchgearbeitet haben, mit größter Spannung erwartet.

Pfarrer i. R. Heint. Beden-Rölln.

Palästina-Jahrbuch des Deutschen evangelischen Instituts für Altertumswissenschaft des Heiligen Landes zu Jerusalem. Im Auftrage des Verwaltungsrates herausgegeben von Professor D. Albrecht Alt. 25. Jahrgang 1929. Mit einer Karte und 7 Abbildungen auf Tafeln. Preis gebunden 4,75, gebunden 6,— Mark.

Wieder ist das Palästina-Jahrbuch erschienen. Aus ihm entnehmen wir, daß im Laufe des letzten Jahres die na-

Gandhi stellt Forderungen.

Seine Vorbedingungen: Unabhängigkeit — Straferlaß — Aufhebung der Salzsteuer — Textileinfuhrverbot.

Der „Daily Herald“, das Blatt der englischen Arbeiterpartei, entandte mit einem Flugzeug einen Sonderberichterstatter nach Indien, der mit Erlaubnis der englischen Behörden als erster Journalist Gandhi im Gefängnis aufsuchen durfte. Ueber seine Ziele befragt, erklärte sich Gandhi dem Journalisten gegenüber zu Verhandlungen mit England bereit, machte aber eine Einigung — dem „Daily Herald“ zufolge — von der Erfüllung folgender Bedingungen abhängig:

Ausarbeitung einer Verfassung, durch die Indien eine gleiche Stelle wie Kanada und Südafrika im britischen Reichsverband und tatsächliche Unabhängigkeit erhält; **Aufhebung der Salzsteuer**; **Verbot der Einfuhr ausländischer Tuchstoffe nach Indien**; **Verbot des Auskaufs hochprozentigen Alkohols**; **Straferlaß für alle politischen Gefangenen** zum Zug mit der Einstellung des passiven Widerstandes.

Der Berichterstatter des „Daily Herald“ bemerkt dazu, man solle in London Gandhis Einfluß in Indien nicht unterschätzen. Eine gemeinsame Konferenz zur Regelung der Streitfragen sei notwendig, und Indiens Vertreter könne dabei nur Gandhi sein. Die „weitgehenden“ Ziele, die Gandhi erstrebte, könnten kein Hindernis sein; man müsse sich trotzdem an einen Tisch setzen und versuchen, mit Gandhi zu einer Einigung zu kommen.

In seinen weiteren Ausführungen betonte Gandhi, wenn England Indiens Wünsche nicht voll befriedige, dann werde er mit seinen Freiwilligen weiter kämpfen und den Engländern einfach die Verwaltung Indiens unmöglich machen. Der Gefahren, die mit dieser Widerstandsbewegung verbunden seien, sei er sich wohl bewußt. Gewalttätigkeiten verurteile er, aber er wisse auch, daß noch nie eine große Sache verwirklicht worden sei, ohne daß man sich in Gefahr begeben habe.

Auch Frau Raidu verhaftet.

Zusammen mit etwa hundert Freiwilligen. — Unruhen in Bombay.

Bei einem indischen Angriff auf das Salzager von Dharafana wurde nunmehr auch die bekannteste indische Dichterin, Frau Raidu, von den britischen Behörden verhaftet. Ferner wurden etwa hundert Freiwillige abgeführt. Bei dem Abtransport der Frauen kam es zu Zusammenstößen. Die Polizei ging mit Bambusstöcken vor und verletzte zahlreiche Indier, drei davon schwer.

In Bombay befehlt die Polizei das Hauptquartier des indischen Nationalkongresses. Das gesamte

allen Anfechtungen widerstehen zu können. In der deutschen Verwaltung muß es in jeder Stelle, in den obersten und in den untersten Ämtern, sauber zugehen, und wo das nicht der Fall war, wo sich — wie jetzt in Berlin — Dinge entwickelten, die man in Deutschland nicht für möglich gehalten hätte, da muß rücksichtslos Ordnung geschaffen werden. Freilich erfordert das, daß sich auch der Bürger um seine Gemeinde kümmert.

Und doch Gehalt?

Im Zusammenhang mit dem Disziplinarurteil erster Instanz hat der Magistrat den bisherigen Oberbürgermeister Böh auf halbes Gehalt gesetzt. Die Verfügung tritt am 1. Juni in Kraft.

Anlageerhebung gegen den Waldenburger Oberbürgermeister.

Der dritte Strafsenat des Oberlandesgerichts in Breslau hat nunmehr auf Antrag des Magistrats in

tionale Forschungsarbeit in Palästina erheblich zugenommen hat, sodas die Rückschläge der Kriegszeit überwunden worden sind. Auch die deutsche Forschungsarbeit steht nicht zurück, wenn ihr auch nicht die reichlichen Mittel zur Verfügung stehen, die andere Nationen aufbringen imstande sind. Immerhin arbeiten jetzt in Palästina der Deutsche Verein zur Erforschung Palästinas, der leider aus Mangel an größeren Mitteln sich in der Hauptsache auf die Herausgabe wissenschaftlicher Veröffentlichungen beschränken muß. Ferner die katholische Görres-Gesellschaft, die in P. Dr. Wader einen Vorsteher erhalten hat, der sich um die Erforschung der byzantinischen Periode Palästinas verdient gemacht hat. Ferner tritt als neue wissenschaftliche Gesellschaft in die Arbeit das archäologische Institut des Deutschen Reiches, das als neuen Arbeitszweig die Forschung des Orients übernimmt und in Palästina diese Arbeit beginnt. Nicht zuletzt kommt dann das Deutsche Evangelische Institut für Altertumswissenschaft, das uns durch seine Palästina-Jahrbücher vertraut geworden ist. — Das vorliegende Jahrbuch gibt einmal den eingehenden Bericht von dem Lehrkurs des Instituts vom Jahre 1928 mit seinen Ausflügen und Reisen durch ganz Palästina; ferner die sehr lehrreichen Untersuchungen von Professor Rudolf, Tübingen, über den Feldzug des Assyrerkönigs Sanherib nach Palästina im Jahre 701 v. Chr., der uns vor allem aus Jesajas bekannt ist. Professor Alt, der Leiter des Instituts, hebt dazu in einem weiteren Aufsatz die territorial-geschichtliche Bedeutung von Sanheribs Angriff auf Jerusalem und Juda hervor. Weitere Aufsätze wie „Ein Denkmal des Judentums im Ostjordanland“ (Professor Alt), „Römische Straßen und Straßenstationen in der Umgebung von Jerusalem“ (Ruhl und Weinhold) und „Ein neues Meilensteinbruchstück an der Straße Jerusalem-Elutheropolis“ (Professor Alt), schließen sich an. Das Buch sei jedem Freund des heiligen Landes empfohlen. Das Palästina-Jahrbuch sollte in der Hand jedes Theologen und in der Bibliothek jeder höheren Schule zu finden sein.

Personen sowie sieben führende Persönlichkeiten des Kongresses wurden verhaftet. Bei der Fortführung der Verhafteten brachte die Menge ihnen Kundgebungen dar und versuchte, die Gefangenen von den Lastautos herunterzuholen. Die Polizei ging auch hierbei mit Bambusstöcken vor.

Nach einer späteren Meldung bildet der Sturm auf das Salzager von Dharafana den schwersten Zusammenstoß, der sich bisher im indischen Freiheitskampf ereignete!

Die Indier führten mehrere Male gegen die Traktoren vor, die um die Salzpannen gezogen sind, und versuchten, sie mit Striden, die sie aus Knüpfen, aus dem Boden herauszureißen. Der Kampf zwischen Polizei und Freiwilligen wurde von einer riesigen Menschenmenge begleitet, die die Indier durch laute Schreie anfeuerte und wilde Schmährufe gegen die Engländer ausstieß. Mehr als hundert Freiwillige sollen blutende Wunden durch Stöße mit den Bambusstöcken davongetragen haben.

Der Gandhische Feldzug.

— London, 22. Mai. Der Sturm auf das Salzager von Dharafana stellt sich nach den neuesten Meldungen als das bedeutendste Ereignis im Gandhischen Feldzug heraus. Die Zahl der Freiwilligen wird jetzt mit 2000, die der Verletzten mit 330 und die der Verhafteten mit 200 angegeben. Nach der Verhaftung der Frau Raidu hat Patel, der frühere Präsident der Gefangenenversammlung in Indien, die Führung übernommen.

Katastrophe in Rußland.

Achtundzwanzig Tote bei einem Eisenbahnunglück.

Auf der Strecke Moskau—Kasan stieß im Bahnhof Tschernaja ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. 28 Personen wurden getötet und 31 schwer verletzt.

In dem Personenzug befanden sich viele Kinder, die zur Erholung nach der Tataren-Republik unterwegs waren. Vier Wagen gerieten in Brand und sind völlig vernichtet worden. Bis jetzt konnte nur festgestellt werden, daß der Personenzug anstatt mit der vorgeschriebenen Geschwindigkeit von 40 Kilometer mit 60 Kilometer Stundengeschwindigkeit fuhr. Die beiden Lokomotivführer sind tot.

Erhaltung der Wehrhaftigkeit.

Scharfe Zurückweisung der Angriffe Poincarés. — Deutschlands Wehrausgaben betragen 4 Prozent des Gesamtstaats, Frankreichs 27 Prozent.

— Berlin, den 21. Mai 1930.

Der Reichstag begann heute bei vollbesetzten Tribünen die zweite Beratung des Wehretats. Zuvor wurde, ohne daß ein Abgeordneter das Wort wünschte, der Gefegentwurf über die Beteiligung des Reiches an der Mobilisierungsanleihe in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Verbunden mit der Beratung des Wehretats war die Behandlung der dazu eingegangenen Anträge. Die Kommunisten hatten 220, die Sozialdemokraten etwa 100 Anträge eingereicht. Zum Marinehaushalt lag ein deutschnationaler Antrag auf Wiedereinführung der ersten Rate für den Bau des zweiten Panzerkreuzes vor.

Eingeleitet wurde die Beratung des Wehretats mit einer Rede des Reichswehrministers Groener.

Reichswehrminister Groener

wies darauf hin, daß einzelne Zeitungen das Märchen von militärischen Angriffsabsichten Deutschlands verbreitet hätten und fuhr dann fort:

Tatsächlich ist aber Deutschland abgerüstet, und seine Wehrmacht ist keine Angriffswaffe. Das zeigt schon der Vergleich unseres 100 000-Mann-Heeres mit der französischen Armee, deren Friedensstärke über eine Million, deren Kriegsstärke 9,650 Millionen beträgt. Der neue Chef des französischen Generalstabs wird hoffentlich seine große Autorität dafür einsetzen, daß jene unwürdige und heuchlerische Deklamation von der angeblichen deutschen Gefahr aufhört.

Trotz der Wehrlosigkeit muß bei uns alles geschehen, damit wir gegen jede Verletzung der Neutralität und gegen jeden Gebietsraub auftreten und uns wehren können. (Beifall.) Wir müssen unsere Wehrhaftigkeit erhalten und ihren Geist auch in der Jugend pflegen, zumal die Abrüstung der übrigen Länder keine Fortschritte macht. Man spricht von deutschen Geheimrüstungen. Jeder Fachmann weiß aber, daß eine Geheimrüstung unter den heutigen Verhältnissen ganz unmöglich ist. Solche Angriffe, wie sie neuerdings wieder Poincaré erhoben hat, sind also als unfähig zu bezeichnen.

Die Ausgaben für die Wehrmacht betragen bei uns 4 Prozent des Gesamthaushalts, in Frankreich aber 27 Prozent und in Polen sogar 29,3 Prozent. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen bei uns an Wehrausgaben 11 Mark, in Frankreich 57,50 Mark.

Jede Möglichkeit, die uns der Versailler Vertrag läßt, muß ausgenutzt werden,

sobald sie einen Kräftezuwachs für die Verteidigung bietet. Gegen jede Forderung der Wehrmacht wird in der schärfsten Weise vorgegangen, unparteilich nach rechts und links. Das Verhältnis von Offizier und Mann ist in unserer Reichswehr ausgezeichnet. Wir erwarten, daß auch das Verhältnis der Reichswehr zur Bevölkerung immer besser gestaltet wird.

Zum Etat selbst erklärt der Minister, er sei so angepaßt, daß er für die nächsten Jahre eine Steigerung erhoffe. An Waffen und Munition zu sparen, wäre die größte Dummheit. Zum Schluß spricht der Minister die

gebiete, der
in der Ge
übersichtlich
Fragebogen,
zur Festste
hinausgesand
Fragebogen,
den sind, di
konnten dies